

1 **Beschluss des 27. Bezirksparteitages der *CDU Ruhrgebiet* in Herne**

19.01.2012

2
3
4
5 **Region ohne Kinder – Region ohne Zukunft**

6 **Ruhrgebiet familienfreundlich gestalten – Kinderarmut bekämpfen**

7
8
9 Das Ruhrgebiet ist die größte Stadtregion in Kontinentaleuropa.

10
11 Wie in den anderen Großstädten weltweit, erleben wir im Ruhrgebiet eine Zunahme sozialer
12 Unterschiede.

13 Fast alle Städte des Ruhrgebietes verzeichnen hohe Wanderungsverluste und niedrige
14 Geburtenraten.

15 Während im ländlichen Umfeld inzwischen jedes zweite Kind in zugezogenen
16 Mittelschichtfamilien mit Familienorientierung geboren wird, verbleiben in den Städten
17 mehrheitlich Haushalte ohne Kinder oder Familien in sozialen Brennpunkten.

18
19 Schon jetzt gibt es einen Geburtenüberschuss der ausländischen Bevölkerung und im Jahr
20 2010 werden 40 % der Kinder im Ruhrgebiet ausländischer Herkunft sein (heute deutlich
21 unter 20 %).

22
23 In der Mehrzahl der Haushalte im Ruhrgebiet leben keine Kinder mehr. In der größten
24 Ruhrgebietsstadt Essen z.B. leben nur noch in jedem 6. Haushalt Kinder. Ein immer
25 größerer Anteil der Kinder im Ruhrgebiet lebt in den armen Vierteln. Diejenigen, die im
26 Ruhrgebiet Kinder erziehen, tun dies häufig unter erschwerten Bedingungen. Gleichzeitig ist
27 zu beobachten, dass insbesondere bei Frauen mit hochqualifizierter Schul- und
28 Berufsausbildung die Entscheidung für Kinder zurück geht. Nur noch 50 % der
29 Akademikerinnen pro Frauenjahrgang bekommen Kinder.

30
31 Der Strukturwandel im Ruhrgebiet wird in der Wahrnehmung nur als Wandel von der schwer-
32 oder großindustriellen Massenproduktion hin zu Arbeitsplätzen in Dienstleistungsbereichen,
33 Medien, Wissenschaft oder Tourismus beschrieben.

34
35 Soweit die davon betroffenen Menschen in diesem Zusammenhang vorkommen, dann in der
36 Regel als das „soziale Kapital des Reviers“: hochmotiviert, gut ausgebildet, integrationsfähig.

37
38 Die Wahrheit ist anders.

39 Die Ruhrgebietsbevölkerung nimmt kontinuierlich in der Anzahl ab und im Alter zu. Zugleich
40 bleibt die wirtschaftliche Entwicklung und die Erwerbsquote immer mehr hinter anderen
41 Regionen des Landes zurück. Das Familieneinkommen pro Haushalt liegt im Ruhrgebiet um
42 mehr als 20% unter dem Landesdurchschnitt, 30% unter dem von Düsseldorf und 10% unter
43 dem von Münster. Dort, wo in den Großstädten die meisten Kinder leben, sind auch die
44 meisten armen Kinder. Während im Landesdurchschnitt die Armutsquote der Kinder ihrem
45 Bevölkerungsanteil entspricht, ist in den Großstädten die größte Armutsquote und
46 Sozialhilfedichte bei Kindern messbar.

47
48 Bei den Menschen, die in „strenger“ Armut leben (unter 40 % des durchschnittlichen
49 Einkommens) sind 40 % Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

50
51 In den wirtschaftlich besser gestellten Familien mit 200 % über dem durchschnittlichen
52 Einkommen, leben lediglich drei Prozent Kinder und Jugendliche.

56 Armut von Kindern und Jugendlichen geht einher mit Merkmalen sozialer Benachteiligung:

- 57
- 58 - Viele leben in Haushalten ohne Väter mit alleinerziehenden Müttern.
 - 59 - Das Regeleinkommen ist die Sozialhilfe, Kinder erfahren, dass „normalerweise“
 - 60 das Geld vom Sozialamt oder vom Arbeitsamt kommt, und dass man dafür
 - 61 „normalerweise“ nicht arbeitet.
 - 62 - Einige dieser Stadtteile haben die höchste Gewaltkriminalität.
 - 63 Hier ereignen sich die meisten Delikte, hier wohnen die meisten Täter und die
 - 64 meisten Opfer.
 - 65 - Lebten in diesen Stadtteilen früher die sesshaftesten Schichten über ganze
 - 66 Generationen und mit hohem Integrationsvermögen, wechselt heute die
 - 67 Bevölkerung alle 4-5 Jahre dort ihre Quartiere.
 - 68 - Kinder und Jugendliche lernen dort nicht mehr traditionelle betriebliche Solidarität,
 - 69 familiäre oder nachbarschaftliche Solidarität, sondern leben sozial isoliert ohne
 - 70 lokale Identifikation – ohne Heimat.
 - 71 - Werden in Münster 60 % der Kinder von der Grundschule auf ein Gymnasium
 - 72 weiter geführt, so sind dies in Gelsenkirchen nur 27 %.
 - 73 - Ein Viertel der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe haben keinen
 - 74 Schulabschluss, zwei Drittel keinen Berufsabschluss.
 - 75 - Die Wahlbeteiligung liegt in den Armutsquartieren unter 30 %, so wie insgesamt
 - 76 das gesellschaftliche und politische Engagement sich noch stärker
 - 77 zurückentwickelt hat als z.B. in sozial ausgewogenen Wohngebieten.
 - 78

79 Die Mehrheit der Kinder in den Städten wird, wenn nichts geschieht, künftig unter solchen
80 Voraussetzungen aufwachsen. Die schlechte Perspektive der „armen“ Kinder des
81 Ruhrgebiets ist damit die schlechte Perspektive für die Zukunftsfähigkeit dieser Region.

82
83 Eine zukunftsorientierte Regionalpolitik muss den Familien und ihren Lebensperspektiven
84 mehr Aufmerksamkeit widmen.

85
86 Familienpolitik im Ruhrgebiet heißt angesichts der zuvor beschriebenen Entwicklungen leider
87 auch Armutsbekämpfungspolitik.

88
89 Die Anstrengungen dürfen nicht nur auf eine Politikebene beschränkt werden – insbesondere
90 nicht nur auf die kommunale Kinder- und Jugendhilfe. Hier sind Bundes- und Landespolitik
91 gleichermaßen gefordert, ihrerseits die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen, damit die
92 Kommunen auch in Zukunft ihre Aufgaben angemessen wahrnehmen können.

93
94 Die CDU als Mehrheitspartei im Ruhrgebiet wird sich diesen Aufgaben in besonderer Weise
95 zuwenden:

96
97
98 **1. Kinder gehören nicht in die Sozialhilfe**

99
100 Die CDU/CSU hat ein neues Konzept der Familienförderung vorgelegt, in dem ein
101 Familiengeld

102

103	von	Euro 600	für Kinder von 0	bis	3 Jahren
104		Euro 300	für Kinder von 3 -	bis	18 Jahren
105		Euro 150	für Kinder + Jugendl. ab 18 Jahren, wenn sie		
106			in der Ausbildung sind.		

107
108 gezahlt werden soll. Damit kommen insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche
109 Familien in vielen Fällen aus dem Sozialhilfebezug heraus.

110
111

- 112 **2. Eltern und Kinder brauchen verlässliche Betreuungsangebote**
113
114 Die Erziehungs- und Familienkompetenz der Eltern muss gestärkt werden, denn in
115 erster Linie obliegt ihnen die Erziehung ihrer Kinder. Familienbildungsstätten müssen
116 enger mit der Jugendhilfe kooperieren, um gerade die Erziehungskompetenz der
117 Eltern zu stärken.
118
119 Die familienunterstützenden Systeme müssen ausgebaut werden. Aufsuchende
120 Sozialarbeit, Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbände u. a. müssen ein Netzwerk zur
121 individuellen Hilfe für Familien in besonderen Notlagen knüpfen.
122
123 Vorrangig ist ein bedarfsgerechtes System der Kinderbetreuung.
124 Kindertagesstätten sollen sich zu Kompetenzzentren für Familien weiterentwickeln.
125 Die Kommunen brauchen mehr Planungsfreiheit, um den unterschiedlichen
126 Anforderungen gerecht werden zu können.
127
128
- 129 **3. Kinder brauchen Bildung**
130
131 Wir benötigen eine Bildungsoffensive, insbesondere für benachteiligte Kinder und
132 Jugendliche.
133
134 Kleine Schuleinheiten, Ganztagschulen, kleine Klassen, Bindung an Klassenlehrer,
135 Unterstützung von Jugend- und Sozialarbeit sollen mit verstärkten Anstrengungen in
136 Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf eingerichtet werden. Jugendliche
137 brauchen eine Perspektive.
138
139
- 140 **4. Eltern und Jugendliche brauchen Arbeit**
141
142 Neben der Pflege der traditionellen Bildungswege und Ausbildungsberufe müssen die
143 Ressourcen auf die Entwicklung neuer Beschäftigungsfelder konzentriert werden,
144 wobei die Geringqualifizierten nicht vergessen werden dürfen. Staatliche
145 Subventionierung von Niedriglöhnen, Halbierung von Mehrwertsteuersätzen für
146 haushaltsnahe Dienstleistungen oder auch Arbeit, die die Kommunen anbieten,
147 müssen zu einer Beschäftigungsoffensive für Menschen in sozialen Notlagen
148 entwickelt werden.
149
150 Jugendhilfe, Schule, Arbeitsvermittlung und Wirtschaft müssen stärker kooperieren,
151 um insbesondere die berufliche Qualifikation von jungen Menschen zu verbessern.
152
153
- 154 **5. Familien gehören nicht in soziale Brennpunkte**
155
156 Die Städte müssen attraktiver werden und die Ursachen von Stadtflucht müssen
157 bekämpft werden. Dazu gehört die vorrangige Vergabe von Baugrundstücken an
158 Familien mit Kindern.
159 Städtische Wohnungsämter, Bauämter und Wohnungsbaugesellschaften müssen
160 Strategien entwickeln, gut durchmischte Wohn- und Lebensquartiere für Familien zu
161 schaffen.
162
163 Soziale Brennpunkte müssen „entzerrt werden“. Mit einer gezielten Förderung von
164 Wohneigentum wird die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren
165 Stadtteilen gesteigert.
166

167 Die Möglichkeit von Drei-Generationen-Wohnen und eine kindgerechtere Infrastruktur
168 gerade in Innenstadtbereichen und deren Randbezirken muss weiterentwickelt
169 werden und ist nicht weniger wichtig als die Gewerbeansiedlungspolitik.
170

171
172 **6. Ausländische Familien müssen integriert werden**
173

174 Ohne verstärkte Integrationsbemühungen der aufnehmenden Gesellschaft wie der
175 Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird keine Großstadtregion eine positive
176 Entwicklung nehmen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss aufsuchende Arbeit leisten.
177 Durch eine gezielte Förderung müssen alle Kinder in die Lage versetzt werden, zum
178 Zeitpunkt der Einschulung dem Unterricht folgen zu können.
179

180 Weiterbildungsträger müssen sich verstärkt mit Angeboten vom Sprachunterricht aber
181 auch niederschweligen Angeboten, insbesondere an Migrantinnen und
182 Spätaussiedlerinnen wenden.
183

184
185 **7. Probleme dürfen Familien nicht erdrücken**
186

187 Aufsuchende Sozialarbeit, Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbände u. a. müssen das
188 Netzwerk zur individuellen Hilfe für Kinder und Familien in besonderen Notlagen
189 verstärkt knüpfen (z.B. Familienhilfestationen).
190

191 Alleinerziehende, Arbeitslose, Drogenabhängige, Verschuldete, Alkoholabhängige,
192 Pflegebedürftige dürfen mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Wenn
193 Kinder in diesen Familien leben, haben die Betroffenen einen Rechtsanspruch auf
194 Hilfe (KJHG), zumal nach § 17 des KJHG die Ehe-, und Familien- und
195 Lebensberatung wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe ist, um so Familien
196 zu stabilisieren.
197

198
199 **8. Die Entwicklungen müssen beobachtet werden**
200

201 Die Sozialforschung ist auszubauen, damit Verantwortliche in Politik und Gesellschaft
202 rechtzeitig Probleme erfassen können und Instrumente auch auf die Wirksamkeit hin
203 überprüft werden können. Bewährte Maßnahmen einzelner Kommunen und
204 Institutionen und erfolgversprechende Lösungsstrategien sollen regional Anwendung
205 finden.

206 Die CDU Ruhrgebiet wird in den Stadträten und Kreistagen des Ruhrgebiets
207 entsprechende Initiativen ergreifen.
208